

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 75 Pf. wöchentlich. Abrechnung alle 14 Tage. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprechnummer: 1111. Die Geschäftsstelle ist von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr geöffnet. Die Postbestellung erfolgt über die Postämter. Die Zustellung erfolgt durch die Postämter. Die Geschäftsstelle ist von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr geöffnet. Die Postbestellung erfolgt über die Postämter. Die Zustellung erfolgt durch die Postämter.

Abrechnung alle 14 Tage. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprechnummer: 1111. Die Geschäftsstelle ist von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr geöffnet. Die Postbestellung erfolgt über die Postämter. Die Zustellung erfolgt durch die Postämter.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 87 — 88. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 15. April 1929

Die Forderungen der Gläubiger Deutschlands

Washington findet sie zu hoch — Owen Young soll vermitteln

Vor der Entscheidung.

Acht Tage haben in Paris die Delegierten Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens gebraucht, um sich über die Höhe der Jahreszahlungen zu einigen, die man Deutschland auferlegen will. Nun ist die Denkschrift, in der diese Forderungen genau aufgestellt sind, den Kommissionsmitgliedern überreicht worden, nicht etwa den deutschen Vertretern allein, und die Unterschrift Owen Youngs bzw. Morgans, der amerikanischen Delegierten, fehlen ebenso wie die der japanischen. Die Vertreter der vier Mächte wollen damit zu erkennen geben, daß die von ihnen gemachten Vorschläge eigentlich nur eine Verhandlungsbasis darstellen sollen, aber — die geschlossene Front den Deutschen gegenüber ist da. Und das ist eine Tatsache, die von größerer Bedeutung ist als jenes taktische Manöver, so sehr, daß sie die deutschen Vertreter in Wirklichkeit letzten Endes vor ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ stellen muß.

In der Sonnabend Sitzung ist merkwürdigerweise beschlossen worden, die Denkschrift der vier Mächte zunächst nicht zu veröffentlichen, damit auch die offizielle Unterzeichnung der Völker über die genaue Höhe und die Dauer der Deutschland auferlegenden Jahreszahlungen noch aufzuschieben. Zweierlei kann aber schon jetzt als ganz zweifellos bezeichnet werden: die Zahlen, auf die sich jene vier Mächte geeinigt haben, sind um ein Bedeutendes höher als jene, die in den letzten Tagen von der französischen Presse mitgeteilt wurden; des weiteren ist eine feste Verknüpfung der alliierten Schulden an Amerika mit den künftigen deutschen Zahlungsverpflichtungen hergestellt.

Man hat folgendermaßen gerechnet: einmal zahlt Deutschland — bis 1987 — genau soviel, wie jene alliierten Schulden betragen. Das wären ab 1930 jährlich 873 Millionen steigend bis 1706 Millionen. Dann kämen 100 Millionen für Verzinsung und Tilgung der deutschen Reparationsanleihe von 1924, die bis zum 15. Oktober 1949 läuft. Und schließlich noch eine zusätzliche Jahreszahlung in gleichbleibender Höhe; man hat darunter die eigentlichen „Kosten der Wiederherstellung“ zu verstehen. Jede der alliierten Mächte bis hinunter zu Portugal oder Griechenland hat hierfür eine bestimmte Summe genannt — und man war dabei durchaus nicht zurückhaltend! — und so kam eine Gesamtsumme heraus, die Deutschland nun durch Jahreszahlungen in entsprechender Höhe bis 1966, also in 37 Jahren, verzinsen und tilgen soll. Es heißt, daß diese zusätzlichen Jahreszahlungen angeblich 700 Millionen betragen sollen; das würden, in eine Kapitallsumme umgerechnet, etwa 12 Milliarden gegenwartswert darstellen. Diese Summe soll aber „kommerzialisierbar“ werden und für sie wird, den bisherigen Beschlüssen der Konferenz gemäß, auch der Transferschutz wegfallen.

Schon diese immer noch sehr optimistisch angelegten Zahlen — angeblich sollen sie bedeutend höher sein — beweisen, daß die Höhe der bisher uns auferlegten Jahreszahlungen in kurzer Zeit von ihnen nicht bloß wieder erreicht, sondern sogar überstritten werden. Zweck der Konferenz aber war: Festsetzung der deutschen Zahlungen unter Berücksichtigung der deutschen Leistungsfähigkeit. In eine Untersuchung dieser Leistungsfähigkeit ist die Konferenz aber gar nicht eingetreten. Wozu dann unabhängige „Sachverständige“? Das konnten Regierungsbeauftragte auch machen und die Amerikaner sich ihre Reise nach Paris sparen! Was man bisher von Vorschlägen auf der Pariser Konferenz produzierte und beschloß, war immer nur eine „Revision“ des Dawes-Planses zuungunsten Deutschlands; aber allem sehen die jetzt vorgeschlagene Höhe und Dauer der uns auferlegenden Jahreszahlungen die Krone auf.

Noch ist jene Denkschrift der interalliierten Mächte nicht in ultimative Form gefeilt worden, aber sie unterwirft sich tatsächlich kaum noch von einem Ultimatum.

Noch keine Schuldziffer in Paris.

Keine Angabe von Zahlen. Entgegen allen mehr oder minder phantastischen Angaben über die Höhe der Forderungen, welche die Entente Staaten an Deutschland zur Regelung der Kriegsschuldenfragen formuliert hätten, hat die mit großer Spannung erwartete Sonnabend Sitzung der Pariser Reparationskonferenz noch keinerlei positive Aufklärung gebracht. Der offizielle Bericht über die Sitzung lautet:

Die Vollziehung der Reparationskonferenz am Sonnabend dauerte von 11.30 bis 12.40 Uhr französischer Zeit. Seitens der vier Hauptgläubigerdelegationen wurde, wie angekündigt, das Memorandum dem Sachverständigenausschuß als solchem und nicht etwa der deutschen Delegation übergeben. Das Dokument soll als Beitrag zur Erleichterung und Klärung der Diskussion über die Ziffern dienen. Das Memorandum, das als Beitrag zu denken ist, nicht aber als ein Beschluß der Hauptgläubiger, wurde in der Sitzung zur Verlesung

gebracht. Die nächste Vollziehung findet am Montag vormittag 11 Uhr statt. Sie wird darüber zu entscheiden haben, ob eine Veröffentlichung des Textes des Memorandums erfolgen soll oder nicht. Eine Diskussion über den Inhalt des Dokuments fand nicht statt, jedoch eine Besprechung über die Opportunität der Veröffentlichung. Über die Ziffern ist amtlich nichts mitgeteilt worden.

Die Tatsache, daß der amerikanische Vorsitzende der Reparationskonferenz, Owen Young, das Memorandum der vier hauptreparationsberechtigten Länder entgegengenommen hat, ist nicht in dem Sinne auszuliegen, daß er sich selbst mit diesem Memorandum identifiziert. Er hat auch in keiner Weise dazu Stellung genommen.

Die französische Stimmungsmache.

Im Laufe der Besprechung des Presseausschusses bei der Reparationskonferenz, der aus je einem Mitglied der sieben vertretenen Delegationen besteht und der nach Schluß der Vollziehung zusammengetreten ist, wurde wiederum, wie vor acht Tagen, Verschwärze über das Verhalten eines Teiles der französischen Presse geführt. Deutscherseits ist darauf hingewiesen worden, daß die Pressekampagne der letzten Tage den Charakter der Reparationskonferenz dadurch entwertet hat, daß man von Parteien, die einander gegenüberstehen, gesprochen hat, während in Wirklichkeit eine Konferenz tagt, die ein die Allgemeinheit interessierendes Problem ohne Rücksicht auf politische Fragen zu lösen hat. Die Arbeit der Sachverständigen ist begründet auf ihrer Kenntnis von den finanziellen und den wirtschaftlichen Zusammenhängen in der Welt und ihrer Verbindung mit dem Reparationsproblem.

Die Aufgabe der Sachverständigen besteht darin, in gründlicher gemeinsamer Untersuchung zu erforschen, wieviel Deutschland im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit bezahlen darf, ohne aus dem Rahmen der Weltwirtschaft auszufallen, und was die reparationsberechtigten Länder an Zahlungen und Leistungen im normalen Wirtschaftsaustausch erhalten können.

Unannehmbar!

Die Berliner Presse beschäftigt sich ausführlich mit dem in Paris der Reparationskonferenz überreichten Memorandum. Die Blätter betrachten die Lage der Pariser Konferenz sehr pessimistisch, zumal die von Deutschland geforderten Zahlungen noch höher die von der Pariser Presse bekanntgegebenen Zahlen hinausgehen sollen. Man spricht von „maßlosen“ und „unmöglichen“ Forderungen und bezeichnet das Vorgehen der Alliierten in Paris als „Blünderungspolitik“. Allgemein wird das Scheitern der Konferenz in Aussicht gestellt, falls die alliierten Sachverständigen sich nicht zu einer anderen Auffassung bekehren sollten. Allgemein wird hervorgehoben, daß die amerikanischen Sachverständigen sich mit dem überreichten Memorandum und den darin enthaltenen Zahlungsansprüchen nicht einverstanden erklärt haben. Die Pariser Presse gibt ausführlich das Echo wieder, das die neue Wendung in den Pariser Sachverständigenberhandlungen in Berlin ausgelöst hat. Eine Berliner Meldung des „Petit Parisien“ folgert aus den deutschen Pressestimmen, daß man sich am Montag auf eine Ablehnung der alliierten Vorschläge durch die deutsche Abordnung gefaßt machen müsse.

Der Vorsitzende als Schiedsrichter.

Der „Matin“ will in der Lage sein, die Zahlen angeben zu können, die die reparationsberechtigten Mächte in dem Memorandum niedergelegt haben. Danach seien die vorgeschlagenen Annuitäten auf einen Zinssatz von 5½ Prozent berechnet und stellen für die 35 ersten Jahre eine Durchschnittsannuität von 118 Millionen oder nach anderen Berechnungen von 2300 Millionen dar. Sie stiegen im Laufe von 37 Jahren von 1800 auf 2450 Millionen, erreichten also niemals die jetzige Normalannuität von 2½ Milliarden. Nach den ersten 37 Jahren würden die eigentlichen Reparationen eingestellt sein. Die Annuität für die Bezahlung der Kriegsschulden sinke in den letzten 21 Jahren von 1700 Millionen auf 400 Millionen Mark. Diese vom „Matin“ heute genannte Ermäßigung der Kriegsschuldenannuität ist bisher nirgends erwähnt worden.

„Echo des Paris“ berichtet übrigens, daß die Delegationen der vier reparationsberechtigten Länder den Versuch gemacht haben, den Vorsitzenden der Reparationskonferenz, Owen Young, zur Unterzeichnung des Dokumentes zu bewegen. Dieser habe sich jedoch, obwohl er allen Erörterungen dieser Frage beiwohnte, wohl gehütet, seine Unterschrift zu geben. Das Blatt will darin eine Zeichen dafür erblicken, daß der Vorsitzende nunmehr sein Schiedsrichteramt ausüben wolle.

Washington findet die Forderungen zu hoch

New York, 14. April. Die Sonnabendbesprechung zwischen Präsident Hoover, Stimson und Mellon über die Pariser Verhandlungen wird hier besonders beachtet. Wie verlautet, haben die amerikanischen Delegierten in Paris, Young und Morgan, ihrer Ansicht darin Ausdruck gegeben, daß die Forderungen der Alliierten zu hoch seien. Sie hätten die amerikanische Regierung

um ihre Einstellung befragt und sie gebeten, sich über die Frage zu äußern. Die amerikanische Regierung ist im übrigen anscheinend gewillt, nach außen hin auch weiterhin zu betonen, daß die europäischen Mächte unter sich zu einer Einigung gelangen müßten. Trotzdem geht aus Washingtoner Meldungen hervor, daß Amerika ein mehr als nur inoffizielles Interesse an den Pariser Verhandlungen nimmt. Die Forderungen der Alliierten erscheinen auch Washington zu hoch.

Trotzdem seien, wie die alliiertenfreundliche Presse meldet, die amerikanischen Regierungskreise der Ansicht, daß Deutschland besser täte, daran teilzunehmen. Deutschland könne dann später die Unmöglichkeit der Durchführung der Reparationsforderungen nachweisen.

Die Meldungen aus Europa geben geschlossen Deutschlands einmütigen Ablehnungswillen hervor. Dr. Schacht soll nach Kenntnisnahme der Denkschrift auf das Schärfste erklärt haben, daß weder die Ziffern noch die Bedingungen annehmbar seien. Diese Erklärung Dr. Schachts wird in Washington höchstens beachtet.

Die Amerikaner als letzte Rettung!

Paris, 14. April. Obgleich über die mutmaßliche Haltung der deutschen Sachverständigen in der Sitzung vom Montag vormittag bisher nichts verlautete, wird man doch mit aller Bestimmtheit mit der Ablehnung der von den Alliierten gemachten Vorschläge rechnen können. Vier Möglichkeiten bleiben alsdann:

1. Der schamlose Abbruch der Verhandlungen mit dem für Montag wohl niemand rechnet.
2. Die Vorlage deutscher Gegenentwürfe.
3. Neue Beratungen der Alliierten.
4. Ein amerikanischer Vermittlungsvorschlag.

Ergänzend sei noch die Möglichkeit einer längeren oder längeren Vertagung erwähnt. Ein Eingreifen Amerikas scheint zur Zeit das wahrscheinlichste Ergebnis insbesondere, wenn man sich daran erinnert, daß kurz vor der Osterpause zwei Denkschriften überreicht wurden, eine alliierte und eine amerikanische des Vorstehenden Owen Young, die aber bisher nicht veröffentlicht wurden. Aus gewissen Andeutungen, die hier und da auftauchen, kann man schließen, daß die amerikanische Denkschrift dem deutschen Standpunkt lediglich gerechter wird, als die Alliierte.

Beachtenswert ist, daß das Echo de Paris heute gleichfalls von der Möglichkeit eines amerikanischen Vorschlages spricht, doch geht es noch einen Schritt weiter und glaubt, daß die Amerikaner dieses Mal bestimmte Zahlen nennen werden, die zwischen dem deutschen Angebot und den alliierten Forderungen liegen dürften. Weiterhin sei die Auffassung in Pariser neutralen diplomatischen Kreisen erwähnt, die ihre Hoffnung gleichfalls auf ein Einschreiten der Vereinigten Staaten setzen. Wie dem auch sei, der Vorsitzende Owen Young hat durch seine unparteiische Stellungnahme bewiesen, daß er der rechte Mann für eine Vermittlerrolle sein könnte.

Luffahrt in Not.

Bei dem „Sparprogramm“, das von den Staatsfachverständigen der Regierungskoalition ausgearbeitet und von der Regierung grundsätzlich angenommen wurde, hat die Streichung von 24 Millionen beim Haushalt des Reichsverkehrsministeriums großes Aufsehen erregt, da es sich hier um Zuschüsse handelte, die das Reich dem modernsten Verkehrsministerium, nämlich der Luftfahrt, zugedacht hatte. Natürlich sind aus den Kreisen der Luftfahrt, des Zeppelins und der beteiligten Industrie scharfe Proteste erfolgt, wurde darauf hingewiesen, daß damit der deutsche Flugverkehr schwerste Einbußen erleiden müsse, und Dr. Eckener hat die Zukunft des Zeppelinbaus recht schwarz gemalt. Der Beitrag für das Luftfahrwesen hat darum den Reichsverkehrsminister ersucht, seinen Einfluß bei Regierung und Reichstag einzusetzen, daß die Aufrechterhaltung und planmäßige Förderung der deutschen Luftfahrt nicht allzu großen Schaden leidet.

Ursprünglich waren im Etat 68 Millionen an Ausgaben für diesen Zweck vorgesehen, doch war schon diese Summe um 14 Millionen gekürzt worden, ehe der Etat dem Reichstag vorgelegt wurde. Die größten Posten dabei waren die etwa 19 Millionen für die Luftfahrt und die 15,5 Millionen für die Förderung der technischen und allgemeinwirtschaftlichen Zwecke. Dazu kamen dann noch etwa 4,5 Millionen für den Bau einer neuen Zeppelinhalle und 3,5 Millionen für die Ausbildung von Flugzeugführern usw. Dann erhielten aber noch eine ganze Reihe anderer Unternehmungen, die mit der Luftfahrt zusammenhängen, zwar nicht beträchtliche, aber doch für ihr Bestehen wichtige Reichssubventionen; so wurden für das Segelflugwesen, die Luftfahrtpropaganda, für Sonderflüge und sportliche Wettbewerbe, für den Flugweiterdienst, für wissenschaftliche Forschungszwecke und das Freiballonwesen im ganzen recht erhebliche Gelder aufgewendet.

Nun sollen für 1929 insgesamt nur etwa 20 Millionen vom Reich für das Luftfahrwesen hergegeben werden — und das sieht in einem grotesken, leider nur zu beklagenswerten Gegensatz zu dem, was andere Staaten für ihr Luftfahrwesen aufwenden. Allerdings werden dort mit einem großen Teil der Aufwendungen sehr stark auch militärische Gründe verfolgt, aber für die Handelsluftfahrt allein schon gibt der französische Staat etwa 92 Millionen Mark her, etwa ein Viertel dessen, was Frankreich insgesamt für den Luftbahnbau aufwendet. 285 Millionen